

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 88. Sitzung**

**Dienstag, 3. April 2019, 10:00 Uhr**

**Rede**

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

**Zur**

**Regierungsinformation**

**durch den Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration  
zum Thema „Sicherheitsbericht 2018 des Landes Baden-  
Württemberg“**

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Freiheit und Sicherheit hängen eng, und zwar direkt zusammen. Kein Mensch lebt frei, wenn er nicht sicher lebt. Es ist die Kernaufgabe des Staates, für Sicherheit und Ordnung im Zusammenleben zu sorgen. Gerade in einem föderalen Staat ist dies die Kernaufgabe der Länder. Neben der Bildungspolitik ist die Sicherheitspolitik eine wichtige Aufgabe, der wir uns stellen.

Wir, die CDU-Fraktion, bekennen uns mit voller Überzeugung zu einer entschlossenen Politik der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg. Für uns ist Politik für einen starken Staat und für die bestmögliche Sicherheit für alle Bürger eine ganz entscheidende Voraussetzung.

Der Minister hat die Sicherheitspolitik und die Erfolge dargestellt. Die Zahlen, die er genannt hat, sind erfreulich. Die Kriminalitätsbelastung der Menschen im Land ist die niedrigste der letzten 30 Jahre. Die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger leben heute so sicher wie seit einer ganzen Generation nicht mehr. Das ist eine gute, eine ausgezeichnete Nachricht und auch eine große Leistung aller, die gemeinsam für die innere Sicherheit im Land Verantwortung tragen. Deshalb auch von unserer Seite herzlichen Dank an alle Verantwortlichen, an alle Polizistinnen und Polizisten in diesem Land.

In Baden-Württemberg gibt es weniger Straftaten bei einer gleichzeitig historisch hohen Aufklärungsquote – die Zahl wurde genannt: 63 % der Straftaten werden in Baden-Württemberg aufgeklärt; im Bund sind es 5 % weniger. Es fällt auf: 2012 bis 2015 ist die Kriminalität von Jahr zu Jahr angestiegen. Seit 2016 zeigt die Kurve wieder streng monoton nach unten. Besonders markant, deutlich wird das auch gerade bei den Wohnungseinbrüchen. Diese Zahl hat sich verglichen mit 2014 halbiert. Ein Einbruch in die eigene Wohnung ist etwas, das Menschen im Privatesten, in ihrem Zuhause trifft. Insoweit zählt jeder verhinderte Einbruch für das Sicherheitsgefühl der Menschen doppelt. Auch hier hat der Bericht eine hervorragende Bilanz vorzuweisen.

Wir erinnern uns an die große Verunsicherung, die das Thema noch vor wenigen Jahren ausgelöst hat. Stichworte sind: „Alarmierende Zahlen“ oder „Paradies für Einbrecher“, „Bürger fühlen sich im Stich gelassen“ – so schrieben die Zeitungen noch 2015. Das ist vorbei. Wir haben gehandelt. Wir haben in dieser Koalition Entscheidendes für die innere Sicherheit durchgesetzt. Zu Recht wurde vom Kollegen erwähnt, dass wir die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen haben. Wir stellen mehr Polizisten ein – die größte Einstellungsoffensive in der Geschichte der Landespolizei. Wir haben Polizeischulen wiedereröffnet, die vorher geschlossen wurden.

Wir gehen voran mit modernster Ausrüstung, mit bestem Schutz und zeitgemäßen Befugnissen für unsere Sicherheitskräfte. Wir stellen unsere Ermittlungsbehörden für neue

Herausforderungen wie die Cyberkriminalität neu auf. Es ist richtig gesagt worden: Je mehr wir digitalisieren, umso angreifbarer werden wir. Deshalb ist der Satz „ZAC ist auf Zack mit Cyberwehr“ ein guter Grundsatz, der hier vom Minister dargestellt wurde. Darauf kommt es an.

Wir sorgen gemeinsam mit den Kommunen erfolgreich für Prävention. Wir hatten selbst kürzlich zu Hause einen Kripobeamten bestellt, der uns zum Thema Einbruchsicherung beraten hat. Die Beamten machen hier einen tollen Job. Das hilft im ganzen Land. Das können wir den Bürgerinnen und Bürgern nur empfehlen. Die Entwicklung der Aggressionsdelikte muss uns Sorgen machen. Wir müssen nachdenken, warum die Hemmschwelle zur Gewalt immer häufiger fällt. 175 Angriffe auf Rettungskräfte – das ist erschreckend und macht fassungslos.

Das gilt auch für die Zunahme bei Sexualdelikten und Rauschgiftdelikten. Auch hier müssen Staat, Politik und Gesellschaft klar Flagge zeigen. Wer Helfer attackiert, greift uns alle an. Für den darf es in diesem Land keine Toleranz geben. Deshalb war es richtig, dass der Bund die Polizisten und Retter mit neuen Straftatbeständen besser und ausdrücklich schützt. Niemand darf sich öffentlich fürchten müssen. Ich will auch nicht verschweigen: Der hohe Anteil der Ausländer bei den Gewaltdelikten ist nicht akzeptabel.

Es geht hier heute in der „Stuttgarter Zeitung“ darum: „Weniger Straftaten, aber mehr Angst“, war die Überschrift. Jeder Fünfte fühlt sich nachts unsicher, wenn er vor die Haustür geht. Dem müssen wir begegnen, dem müssen wir mit mehr Polizeibeamten und nicht mit weniger begegnen. Auch das gehört hier dazu. Hier haben wir immer noch Aufgaben vor uns. Gegen ausländische Kriminelle, Gefährder muss der Rechts-staat Konsequenz und Härte zeigen – ohne Wenn und Aber, gerade auch bei der Abschiebung.

Deshalb, meine Damen und Herren, gilt es jetzt die Erfolge nachhaltig abzusichern – natürlich auch mit den notwendigen Ressourcen. Der Kampf um die innere Sicherheit, der ist nie gewonnen. In diesem Kampf haben die Regierung, der Innenminister, unsere Polizei, unsere Sicherheitskräfte volle Unterstützung der gesamten Landtagsfraktion. Das wird mein Kollege und sicherheitspolitischer Arbeitskreisvorsitzender Blenke nachher noch einmal nachhaltig unterstreichen.

Herzlichen Dank.